ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M.

Article

Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. (2008) : Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 38, pp. 556-566

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151667

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Nach einer mehrjährigen Phase kontinuierlich steigender Einkommensungleichheit und Einkommensarmut ist es im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs der letzten Jahre zu einer Umkehr der Entwicklung gekommen. Nach den 2007 erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zum Einkommen der Haushalte im Jahr 2006 ging die „Armutsrisikoquote" von 18 Prozent auf 16,5 Prozent zurück. Dies entspricht einer Verringerung der Zahl der von einem Armutsrisiko betroffenen Menschen um über eine Million. Während der Anteil der über längere Zeit davon Betroffenen auf hohem Niveau verharrt, sind deutlich weniger Menschen neu unter die Einkommensgrenze gerutscht, unterhalb derer von einem Armutsrisiko gesprochen wird.

Eine der Hauptursachen für Einkommensarmut besteht im Ausmaß und der Struktur der Arbeitslosigkeit. Dabei sind neben der individuellen Dimension, die durch die offizielle Arbeitslosenquote gemessen wird, auch die ökonomischen Konsequenzen für die von dieser Arbeitslosigkeit betroffenen weiteren Haushaltsmitglieder (zum Beispiel Kinder) zu berücksichtigen.

Rückgang der Lohnquote hält an

Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen (Lohnquote) ist seit der Jahrtausendwende kontinuierlich zurückgegangen, von mehr als 72 Prozent im Jahr 2000 auf unter 65 Prozent 2007. Die bereinigte Lohnquote[1] ist von 67 Prozent auf 61 Prozent gefallen (Abbildung 1). Der Beschäftigungsaufschwung seit Anfang 2006 hat trotz insgesamt gestiegener Arbeitsentgelte keine Trendumkehr bewirkt, da die Unternehmens- und Vermögenseinkommen noch stärker zugelegt haben. Neben den Kapitalgesellschaften und dem Staat erzielen auch private Haushalte Unternehmenseinkünfte, etwa durch selbständige Tätigkeit. Allerdings ist auch der Anteil der Einkommen aus Selbständigkeit und Betriebsüberschüssen am Volkseinkommen in den vergangenen Jahren zurückgegangen – von 14 Prozent zu Beginn der 90er Jahre auf zwölf Prozent 2007, und dies obwohl die Zahl der Selbständigen deutlich gestiegen ist.[2] Die Entwicklung der Selbstständigeneinkommen deutet darauf hin, dass „neue Selbständigkeit" in Zeiten hoher Unterbeschäftigung häufig nur gewählt wird, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.[3]

1 Bereinigt um den im Zeitverlauf veränderten Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen.

2 So hat sich die Zahl der Selbständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger zwischen 1991 und 2007 um über 900 000 auf etwa 4,4 Millionen erhöht. Die Unternehmensgewinne haben sich von 1991 bis 2007 auf nunmehr 672 Milliarden Euro mehr als verdoppelt, während die Unternehmensgewinne im Sektor der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum nur um 24 Prozent zugelegt haben; vgl. Schwarz, N.: Einkommensentwicklung in Deutschland. Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/2008, 197–206. Weitere mögliche Gründe für den geringeren Anstieg der Selbständigeneinkommen umfassen die schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs, von dem viele Selbständige abhängen, sowie die über viele Jahre andauernde Krise in der Bauwirtschaft.

3 Dies steht auch in Einklang mit der Beobachtung, dass die sogenannten „Solo-Selbständigen", deren Zahl sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert hat, eher unterdurchschnittliche Einkommen aufweisen; vgl. Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2007, 15.

Fünf Fragen an Joachim R. Frick

„Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut“

PD Dr. Joachim R. Frick, **Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Längsschnittstudie „Sozio-oekonomisches Panel“ (SOEP)** am DIW Berlin

Herr Dr. Frick, wie sind die Einkommen in Deutschland verteilt?
Es gibt zum einen die Markteinkommen, die sich überwiegend aus Erwerbstätigkeit, Kapitaleinkünften und privaten Übertragungen speisen und zum zweiten die verfügbaren Einkommen, die nach der Umverteilung durch den Staat und die Sozialversicherungen entstehen. In beiden Fällen haben wir in Deutschland, gemessen am Einkommensjahr 2006, erstmals seit längerem wieder einen Rückgang von Ungleichheit. Der konjunkturelle Aufschwung ist nun auch in der Einkommensverteilung angekommen.

Wie hat sich der Aufschwung auf das Haushaltseinkommen ausgewirkt?
Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist in den letzten Jahren eher stagniert. Das liegt unter anderem an der Teuerung. Obwohl die nominalen Einkommen etwas gestiegen sind, sind die realen Einkommen nach Preisbereinigung eher gleich geblieben. Die Ungleichheit aber hat erfreulicherweise abgenommen. In Ostdeutschland haben wir zum ersten Mal seit dem Mauerfall eine rückläufige Einkommensungleichheit gemessen. Das betrifft sowohl die Markteinkommen wie auch die verfügbaren Einkommen. Damit einhergehend ist eine leicht rückläufige Armutsrisikoquote.

> » Der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre ist in der Einkommensverteilung angekommen. «

Wie viele Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht?
Die Einkommensarmut in Deutschland ist seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2006 stetig gestiegen. Wir haben nun zum ersten Mal einen Rückgang der Einkommensarmutsquote auf rund 16,5 Prozent. Das ist eine Korrektur, die in erster Linie mit der Arbeitsmarktentwicklung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu tun hat.

Wie wird sich die Einkommensverteilung in Deutschland in Zukunft entwickeln?
Kurzfristig sind die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitsmarktentwicklung besonders relevant. Langfristig muss man bedenken, dass sich die Haushaltsstrukturen verändern. Es gibt einen Trend zu mehr Einpersonen- und Alleinerziehenden-Haushalten. Diese Haushalte sind beim Ausfall von Erwerbseinkommen in der Regel auf staatliche Transfers angewiesen und können nicht auf die Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder zurückgreifen. Damit wird die Versicherungsfunktion des privaten Haushaltes reduziert und auf den Staat verlagert. Das ist ein langfristiger Trend, der auch mit einer höheren Einkommensungleichheit einhergeht.

In der Diskussion um das Armutsrisiko werden immer wieder Forderungen nach einem generellen Mindestlohn oder höheren Transferleistungen laut. Wie sollte die Politik reagieren?
In der Diskussion sind insbesondere das Kindergeld und der Mindestlohn. Kindergeld wird in Deutschland nicht bedürftigkeitsgeprüft ausgezahlt. Insofern würde eine pauschale Erhöhung des Kindergeldes auch zu Mitnahmeeffekten bei reicheren Haushalten führen. In der Diskussion um den Mindestlohn werden häufig arbeitsmarktökonomische und verteilungspolitische Argument verquickt. Sicherlich kann mit dem Mindestlohn versucht werden, einen „unanständigen“ Lohn zu verhindern. Insofern kann vielleicht eine Grenze von fünf oder sechs Euro gezogen werden, aber höhere Forderungen schlicht mit Verteilungsargumenten zu begründen, ist überzogen. Eine langfristige Strategie zur Armutsreduktion muss auf bildungspolitische Maßnahmen setzen: Wir müssen sozial und ökonomisch Schwächeren einen unbeschränkten Zugang zum deutschen Bildungssystem ermöglichen. Damit erhöhen sich auch die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration – zugleich sinkt das Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit deutlich, also eine der Hauptursachen für Armut.

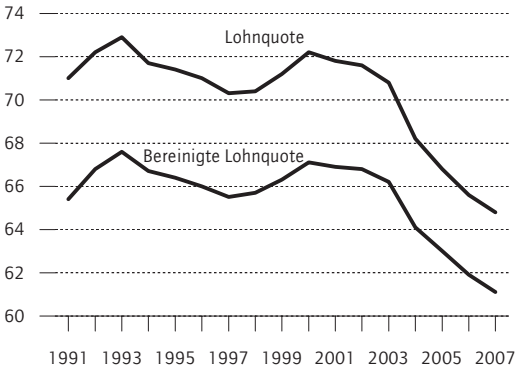
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf *www.diw.de*

Abbildung 1

Lohnquote und bereinigte[1] Lohnquote in Deutschland

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Prozent



1 Bereinigt um den Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Die einzige Komponente, deren Anteil am Volkseinkommen sich in den letzten Jahren deutlich positiv verändert hat, sind die Nettovermögenseinkommen der privaten Haushalte – der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Ihr Gewicht ist von 14 Prozent zu Beginn der 90er Jahre auf 20 Prozent im Jahr 2007 gestiegen.

Langjährige Stagnation der preisbereinigten Markteinkommen

Die aggregierten Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gestatten keine differenzierten Aussagen zur Einkommensverteilung. Dies ist nur anhand von Mikrodaten möglich. Die Einkommenssituation der privaten Haushalte in Deutschland wird hier auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysiert.[4] Dabei wird jeweils das im Jahr vor der Befragung erzielte Einkommen dargestellt.[5] Die Untersuchung bezieht sich auf die um Preissteigerungen bereinigten Markteinkommen, wobei der unterschiedlichen Größe und Zusammensetzung der Haushalte durch eine „Bedarfsgewichtung" Rechung getragen wird (Kasten 1). Die Markteinkommen der privaten Haushalte umfassen Erwerbseinkommen sowie Kapitaleinkünfte in Form von Miet- und Pachteinnahmen (einschließlich des Mietwertes selbstgenutzten Wohneigentums), Zinsen und Dividenden sowie Einkommen aus privaten Renten.

Die bedarfsgewichteten realen Markteinkommen der Haushalte sind im Gesamtzeitraum von 1991 bis 2006, gemessen am arithmetischen Mittel über alle Haushalte, um fünf Prozent auf rund 20 100 Euro gestiegen (Abbildung 2).[6] In Ostdeutschland nahmen die Markteinkommen in der ersten Hälfte der 90er Jahre – vor allem als Folge der starken Anhebungen der Löhne und der gesetzlichen Rente – um etwa neun Prozent zu. Danach stagnierten die Einkommen und gingen im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Schwächephase in Deutschland deutlich zurück.[7] Dieser Verlust wurde durch den Anstieg im Jahr 2006 nur teilweise wettgemacht.

In Westdeutschland stagnierten die realen Markteinkommen fast über die gesamten 90er Jahre hinweg. Die durch den konjunkturellen Aufschwung um die Jahrtausendwende erzielten Einkommenszuwächse gingen danach größtenteils wieder verloren. Seit 2005 verharrt das Einkommen bei etwas mehr als 21 000 Euro.

Der letzte konjunkturelle Aufschwung hat sich auf die hier präsentierten, im Jahr 2007 erho-

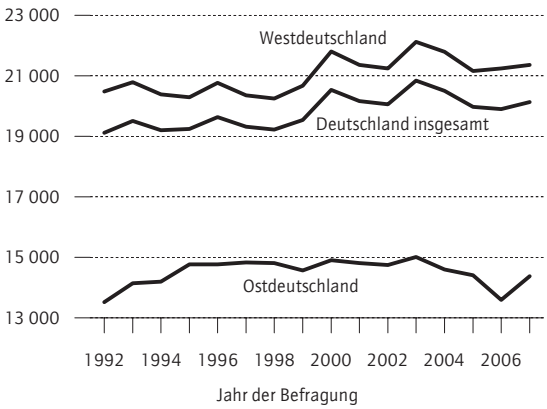
4 Das SOEP ist eine vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich erfolgt; vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 2007, 139–169.
5 Die Erhebung erfolgt überwiegend in den ersten beiden Quartalen eines Jahres und umfasst alle im Vorjahr bezogenen Einkommenskomponenten der aktuell im Haushalt lebenden Personen.

6 Zieht man alternativ den Median, die Mitte der Einkommensverteilung heran, so sind die Einkommen real um rund sechs Prozent gesunken.
7 Vgl. Grabka, M. M., Frick, J. R.: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008.

Abbildung 2

Markteinkommen[1] in Ost- und Westdeutschland

Mittelwert in Euro zu Preisen von 2000



1 Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

benen Daten zu den Einkommen im Jahr 2006 noch nicht stark ausgewirkt. Die Belebung strahlt erst mit Zeitverzug auf die Lohnabschlüsse aus. Lediglich in Ostdeutschland kam es bereits im Erhebungsjahr 2007 zu einer deutlichen Erhöhung der realen Markteinkommen. Maßgeblich dafür war der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Erstmals seit Beginn der 90er Jahre geht die Ungleichheit der Markteinkommen zurück

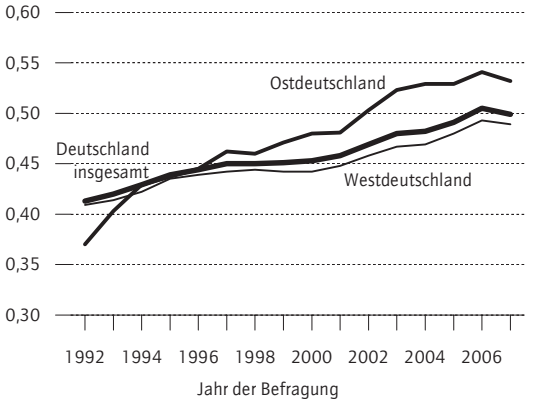
Gemessen am Gini-Koeffizienten[8] war die Entwicklung der Markteinkommen der privaten Haushalte in den letzten 15 Jahren geprägt von einer stetigen Zunahme der Ungleichheit (Abbildung 3). Ausgehend von einem Wert von 0,413, hat sich dieser Index bis 2006 für Deutschland insgesamt kontinuierlich auf 0,505 erhöht (+22 Prozent). In den neuen Ländern fiel der Anstieg mit 46 Prozent weitaus stärker aus.

Für das Erhebungsjahr 2007 ist zum ersten Mal seit Beginn der 90er Jahre ein Rückgang der Ungleichheit bei den Markteinkommen in Deutschland – auf 0,499 – zu konstatieren. Dies ist vorrangig auf eine durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit bedingte geringere Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen zurückzuführen. In Ostdeutschland haben diese Einkommen einen besonders hohen Anteil am gesamten Markteinkommen der Haushalte. Ob dieser Befund nur eine einmalige Korrektur oder eine Trendumkehr darstellt, kann erst eine Analyse der Einkommen der nächsten Jahre zeigen.

Abbildung 3

Ungleichheit der Markteinkommen[1] in Ost- und Westdeutschland

Gini-Koeffizient[2]



1 Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.
2 Maß für die Ungleichheit. 0 bei völliger Gleichverteilung, 1 bei völliger Konzentration.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Arbeitslosenquote deutlich zurückgegangen …

Ein wichtiger Grund für die über viele Jahre gewachsene Konzentration der Markteinkommen liegt in der gestiegenen Arbeitslosigkeit. In der Vergangenheit hatte sich in der Regel in konjunkturellen Abschwüngen die „Sockelarbeitslosigkeit" erhöht, also das Ausmaß von Arbeitslosigkeit, welches auch im nächsten Aufschwung nur wenig abgebaut wurde. Im aktuellen Aufschwung scheint dies aber anders zu sein.[9] Die Arbeitslosenquote, die von 7,3 Prozent 1991 auf 13 Prozent 2005 gestiegen ist, geht seither deutlich zurück (Abbildung 4). Im Sommer 2008 lag sie indes immer noch bei neun Prozent. Zudem ist die Zahl der verdeckt Arbeitslosen im Zeitraum 2005 bis 2006 mit rund 1,2 Millionen nahezu unverändert geblieben.[10]

Individuelle Arbeitslosigkeit im Sinne der offiziellen Registrierung ist der zentrale Indikator

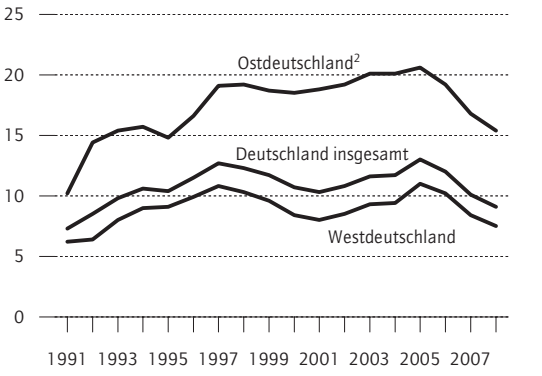
8 Dieses gängige Maß zur Messung der Ungleichheit der Verteilung der Einkommen liegt in einem Wertebereich zwischen 0 und 1, wobei niedrigere Werte geringere Ungleichheit ausdrücken. Ein Wert von Null wird erreicht, wenn alle Personen über das gleiche Einkommen verfügen.
9 Vgl. Brenke, K., Zimmermann, K. F.: Reformagenda 2010 – Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11/2008. In diesem Zusammenhang muss aber angemerkt werden, dass nicht jede Person, die die „offiziell registrierte" Arbeitslosigkeit verlassen hat, einen gut dotierten Job gefunden haben muss. Vielmehr ist hier auch der Effekt der Einführung von Hartz IV zu vermuten, wonach sich Personen vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

10 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Das erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08, Tabelle C1.

Abbildung 4

Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland[1]

In Prozent



1 2008 nur Januar bis Juli.
2 Seit 1998 wird Berlin vollständig Ostdeutschland zugerechnet.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Kasten 1

Definitionen, Methoden und Annahmen bei der Einkommensmessung

Die in diesem Bericht gewählte Vorgehensweise zur empirischen Erfassung von Einkommensungleichheit und Armut folgt den Empfehlungen der Europäischen Kommission sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur nationalen Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren.[1] Dieses Indikatorentableau ist Teil der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa. Die Messverfahren werden im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.[2]

Wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen basieren im Allgemeinen auf den Einkommen, die den privaten Haushalten zur Verfügung stehen. Den vorliegenden Auswertungen auf Basis der Langfristerhebung SOEP liegen jahresbezogene Einkommen zugrunde. Dabei werden jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr alle Einkommenskomponenten, die den Haushalt als Ganzen betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen aufsummiert (Markteinkommen als Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, Leistungen nach dem BAföG und andere) berücksichtigt und schließlich mithilfe einer *Simulation* der Steuer- und Sozialabgaben Jahresnettoeinkommen errechnet – dabei werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und so weiter) berücksichtigt. Die mikroökonomische Simulation der Einkommensteuer ist international üblich, da gezahlte Steuern und Nettoeinkommen insbesondere für Zwei- und Mehrpersonenhaushalte nur sehr ungenau direkt erhebbar sind. Selbstverständlich hat die Detailliertheit der Steuersimulation Einfluss auf die Niveaus der ausgewiesenen Nettoeinkommen und Armutsrisikoquoten. Allein dieses Element der Berechnungen spricht dafür, sich – wie bei der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – auf die Entwicklung der Zeitreihen und nicht zu sehr auf die Niveaus der Indikatoren zu konzentrieren.

1) Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet, und jedem Haushaltsmitglied das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder eines von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Armutsrisikoschwelle für ausgewählte Haushaltstypen im Befragungsjahr 2007

	Bedarfssatz nach neuer OECD-Skala	Armutsschwelle[1] in Euro je Monat
1 Personen-Haushalt	1	891
Ehe-/Paar ohne Kinder	1,5	1 336
Ehe-/Paar mit 1 Kind	1,8	1 603
Ehe-/Paar mit 2 Kindern	2,1	1 871
Ehe-/Paar mit 3 Kindern	2,4	2 138
Alleinerziehende mit 1 Kind	1,3	1 158
Alleinerziehende mit 2 Kindern	1,6	1 425

1 Median der nominalen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen aller Personen in privaten Haushalten 17 820 Euro im Jahr beziehungsweise 1 485 Euro pro Monat.

Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2008

2) Der internationalen Literatur folgend, werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-) Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum („Imputed Rent") zugerechnet. Zusätzlich werden für den gesamten Analysezeitraum, wie von der EU-Kommission auch für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC ab 2007 vorgeschrieben, fiktive Einkommensvorteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).[3]

3) Um Einkommensniveaus im Zeitverlauf vergleichen zu können, werden alle Einkommen zu Preisen des Jahres 2000 ausgewiesen (Realeinkommen). Um vor allem für die erste Hälfte der 90er Jahre die Kaufkraftunterschie-

1 Die Laeken-Indikatoren werden jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Atkinson, T., Cantillon, B., Marlier, E., Nolan, B.: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford 2002.
2 Siehe zuletzt: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn 2008.
3 Siehe hierzu: Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M.: Assessing the Distributional Impact of "Imputed Rent" and "Non-Cash Employee Income" in Micro-Data. In: European Communities (Hrsg.): Comparative EU Statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference, Helsinki, 6.-8. November 2006, EUROSTAT, 116–142.

de zwischen Ost und West zu berücksichtigen, wurden bis zum Erhebungsjahr 1997 die Einkommen in den alten und neuen Ländern getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst.

4) Alle Einkommensangaben werden für den gesamten Untersuchungszeitraum in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene; repräsentiert wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

5) Als einkommensarm beziehungsweise von Armut gefährdet gilt derjenige, dessen bedarfsgewichtetes Einkommen unter die relative Armutsrisikogrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 Prozent des Median der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen des Vorjahres (auf der Basis von Gesamtdeutschland). Der Anteil Personen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben, wird als Armutsrisikoquote (FGT0)[4] bezeichnet (ARPR – At-Risk-of-Poverty Rate); dies ist der erste Primärindikator der insgesamt 18 Laeken-Indikatoren.

6) Ein Standardproblem in allen Bevölkerungsumfragen sind fehlende Angaben, insbesondere bei als sensitiv empfundenen Fragen wie solchen nach dem Einkommen. Dabei ist häufig eine Selektion festzustellen, wonach insbesondere Haushalte mit über- beziehungsweise unterdurchschnittlichen Einkommen die Angabe verweigern. In den hier analysierten Daten des SOEP werden diese fehlenden Werte im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren ersetzt.[5] Dabei werden mit jeder neuen Datenweitergabe immer alle fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert, was gegebenenfalls zu leichten Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen führen kann. Der aktuelle Rand der Berechnungen ist zwangsläufig von besonderer Ungenauigkeit betroffen, da keine künftigen Einkommen zur „Imputation" herangezogen werden können. Deswegen hat sich zum Beispiel die errechnete Armutsrisikoquote für das Einkommensjahr 2005 von 18,3 Prozent (wie noch im Armuts- und Reichtumsbericht ausgewiesen, auf Basis von Berechnungen, die im Jahr 2007 durchgeführt wurden) auf 18,0 Prozent (auf Basis der aktuellen Berechnungen, die zur Imputation eine weitere Erhebungswelle berücksichtigten) reduziert. Analog gilt, daß auch der Wert von 16,5 Prozent, der hier für das Einkommensjahr 2006 ausgewiesen wird, insofern nur vorläufiger Natur ist.

7) Die diesen Analysen zugrunde liegenden Mikrodaten des SOEP ergeben nach Anwendung von Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren ein repräsentatives Bild der Bevölkerung in Privathaushalten und erlauben somit Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit. Diese Gewichtungsfaktoren korrigieren Unterschiede im Ziehungsdesign der diversen SOEP-Stichproben sowie im Teilnahmeverhalten der Befragten nach dem ersten Interview. Um die Kompatibilität mit der amtlichen Statistik zu erhöhen, werden die oben genannten Faktoren an Rahmendaten des Mikrozensus der amtlichen Statistik angepasst. Dabei ist der Hochrechnungsfaktor für den aktuellen Rand, das heißt hier für das SOEP-Erhebungsjahr 2007, nur als vorläufig anzusehen, da die Mikrozensus-Ergebnisse für 2007 zum Zeitpunkt der Fertigstellung der SOEP-Daten noch nicht vorlagen und die SOEP-Daten ersatzweise an die Rahmendaten des Vorjahres angepasst werden mussten. Im Regelfall sind hier jedoch nur geringe Abweichungen – in der Größenordnung der in Punkt 6 angeführten Effekte – zu erwarten.

4 Vgl.Foster, J., Greer, J., Thorbecke, E.: A Class of Decomposable Poverty Measures. In: Econometrica, 52(3), 1984, 761–766.
5 Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 89(1), 2005, 49–61.

für die Beschreibung von Ausmaß und Struktur von Arbeitslosigkeit innerhalb der Erwerbsbevölkerung. Für wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen bedarf es jedoch einer Betrachtung im Kontext des privaten Haushalts, da weitere Haushaltsmitglieder (Partner, Kinder, Eltern) von den ökonomischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit einer Person betroffen sind. Deshalb wird im Folgenden der Anteil der Personen in jenen Haushalten betrachtet, in denen mindestens ein Haushaltmitglied im Vorjahr für mindestens einen Monat als arbeitslos registriert war.[11]

Im Erhebungsjahr 2007 waren knapp 18 Prozent aller Personen in Privathaushalten direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen (Tabelle). In der Vergangenheit entwickelte sich dieser Anteil im Wesentlichen parallel zur offiziellen Arbeitslosenquote. Bezogen auf Haushalte mit Mitgliedern im Alter von 20 bis 60 Jahren war seit Mitte der 90er Jahre fast durchgängig rund ein Fünftel aller Haushaltsmitglieder von Arbeitslosigkeit im Haushalt betroffen. Dieser Anteil ist etwa doppelt so hoch wie die amtlich gemessene individuelle Arbeitslosenquote. In den neuen Ländern ist dabei die (direkte und indirekte) Betroffenheit (2007: 34 Prozent) weitaus stärker ausgeprägt als in den alten Ländern (19 Prozent). Bemerkenswert ist der stark rückläufige Trend in

11 Der Bezug auf das Vorjahr ergibt sich daraus, dass auch die hier verwendete Einkommensmessung auf diesen Zeitraum abstellt.

Tabelle

Von Arbeitslosigkeit im Haushalt[1] betroffene Personen

In Prozent

Jahr der Befragung	In privaten Haushalten	In Erwerbshaushalten[2]		
	Deutschland insgesamt		Westdeutschland	Ostdeutschland
1992	13,7	15,9	11,7	32,6
1993	14,2	16,5	11,7	36,2
1994	16,4	19,4	14,6	39,1
1995	17,4	20,6	16,6	37,2
1996	17,8	21,0	17,5	36,4
1997	18,2	21,6	17,9	37,7
1998	19,1	22,8	18,2	42,8
1999	18,7	22,5	17,8	42,9
2000	15,9	19,0	14,7	38,2
2001	15,9	19,2	15,0	38,0
2002	16,5	19,9	15,9	38,5
2003	17,0	20,7	16,8	38,8
2004	18,7	22,9	19,3	40,1
2005	19,1	23,4	20,4	38,1
2006	18,0	22,1	19,0	37,3
2007	17,6	21,3	18,8	34,0

1 Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied im letzten Jahr mindestens einen Monat arbeitslos gemeldet war.
2 Mit 20- bis 60-Jährigen im Haushalt.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Ostdeutschland, wo seit 2004 die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit um sechs Prozentpunkte abgenommen hat. Damit hat das Ausmaß der Arbeitslosigkeit auf der Haushaltsebene in den neuen Ländern das Niveau wie zu Beginn der 90er Jahre erreicht.[12]

… aber Ausmaß der Arbeitslosigkeit auf Haushaltsebene gestiegen

Um auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, wird hier der Anteil der im Jahr vor der Befragung in Arbeitslosigkeit verbrachten Monate aller erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder an allen potentiellen Erwerbsmonaten berechnet.[13] Diese Maßzahl hat den Wert Null für Haushalte ohne gemeldete Arbeitslosigkeit im Vorjahr. Der Maximalwert von 100 wird erreicht, wenn alle Erwerbspersonen im Haushalt in allen potentiellen Erwerbsmonaten arbeitslos gemeldet waren. Während Mitte der 90er Jahre acht bis neun Prozent der potentiellen Erwerbszeit im Vorjahr mit gemeldeter Arbeitslosigkeit verbracht wurden, erreichte dieser Index in der Erhebungswelle 2007 mehr als zwölf Prozent; er stieg damit auf den höchsten bislang gemessenen Wert (Abbildung 5).[14] Für Ostdeutschland zeigen sich auch hier mit über 20 Prozent etwa doppelt so hohe Werte wie im Westen. Allerdings ist das durch Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpfte Beschäftigungsvolumen in Ostdeutschland zuletzt deutlich zurückgegangen.

Der Befund einer derart definierten Unterbeschäftigung im Westen bei gleichzeitig rückläufiger Arbeitslosenquote erklärt sich erst bei getrennter Betrachtung von Personen in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind (Abbildung 6). Zwar steigt im Rahmen der konjunkturellen Belebung in den letzten Jahren der Anteil der Personen ohne Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext. In von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten hat sich aber seit der Jahrtausendwende die Arbeitslosigkeit verfestigt. Bei diesen Haushalten wurde im Erhebungsjahr 2007 deutlich mehr als die Hälfte (57 Prozent) der potentiellen Arbeitszeit in registrierter Arbeitslosigkeit verbracht. Der Beschäftigungsaufschwung seit dem Frühjahr 2006 – zu dem auch Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse viel beigetragen haben – ist dort nicht so recht angekommen.[15]

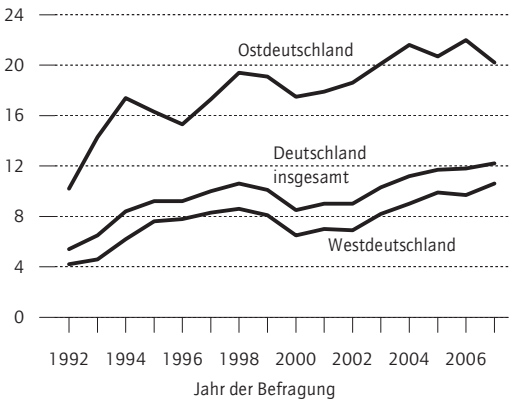
12 Neben dem faktischen Rückgang der Arbeitslosigkeit spielt bei der Betroffenheit auf der Haushaltsebene auch die Veränderung der Haushaltsstruktur, insbesondere die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten, eine Rolle.
13 Als potentielle Erwerbsmonate gelten Monate mit Erwerbstätigkeit (Vollzeit und Teilzeit inklusive Kurzarbeit) sowie mit Arbeitslosigkeit. Zeiten in (Aus-) Bildung, Rente, Mutterschutz, Wehr-/Zivildienst sowie Hausarbeit werden hier nicht berücksichtigt.

14 Tatsächlich ist eine noch stärkere Betroffenheit von Erwerbslosigkeit wahrscheinlich, da sich Personen ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen und nur geringer Vermittlungswahrscheinlichkeit häufig erst gar nicht beim Arbeitsamt melden.
15 So hat sich zum einen die Zahl der Leiharbeitnehmer seit 2003 mehr als verdoppelt auf nunmehr 731 000 Beschäftigte, zum anderen sind diese Beschäftigungsverhältnisse eher nur von kurzer Dauer. Rund 43 Prozent der beendeten Beschäftigungsverhältnisse hatten nur eine Dauer von einer Woche bis unter drei Monaten. Im Jahr 2006 hatten die Zeitarbeitnehmer einen Anteil am Beschäftigungsaufbau von 45 Prozent; vgl. Mai, C.-M.: Arbeitnehmerüberlassungen –

Abbildung 5

Durch Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpftes Beschäftigungsvolumen[1] in Erwerbshaushalten[2]

In Prozent



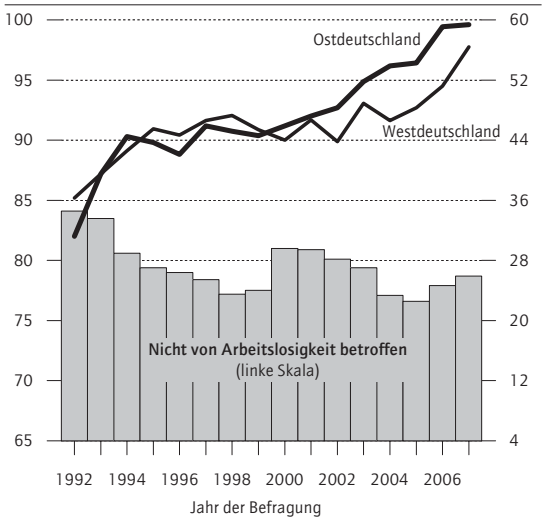
1 Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit im Haushalt bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder.
2 Mit 20- bis 60-Jährigen im Haushalt.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Abbildung 6

Durch Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpftes Beschäftigungsvolumen[1] in Erwerbshaushalten[2] mit und ohne Betroffenheit von Arbeitslosigkeit

In Prozent



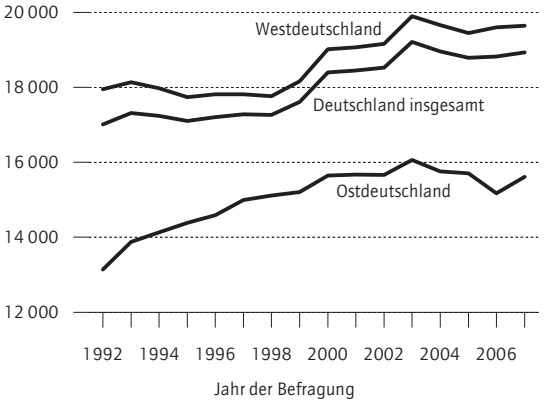
1 Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit im Haushalt bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder.
2 Mit 20- bis 60-Jährigen im Haushalt.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Abbildung 7

Verfügbare Einkommen[1] in Ost- und Westdeutschland

Mittelwert in Euro zu Preisen von 2000



1 Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Haushalts-Nettoeinkommen stagnieren seit 2003

Die oben beschriebene schwache Entwicklung der realen Brutto-Markteinkommen während der letzten 15 Jahre ist im Wesentlichen das Ergebnis des abnehmenden Anteils der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen sowie der bis Mitte 2006 kontinuierlich gestiegenen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bei den privaten Haushalten. Das Steuer- und Transfersystem kann diese Entwicklung nur bedingt ausgleichen, zumal sich auch die Alterszusammensetzung der Bevölkerung aufgrund rückläufiger Fertilität und verlängerter Lebenserwartung langfristig deutlich verschoben hat. Zwischen den Erhebungsjahren 1992 und 2007 haben die durchschnittlichen, realen bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen in Deutschland um mehr als elf Prozent zugenommen (Abbildung 7). Der Zuwachs fiel mit rund 19 Prozent in Ostdeutschland gut doppelt so stark aus wie im Westen. Seit 2003 aber stagnieren die durchschnittlichen Haushalts-Nettoeinkommen.[16] Dass sich die verfügbaren Einkommen insgesamt besser als die Markteinkommen entwickelt haben, liegt auch daran, dass die Einkommen aus Renten und Pensionen aufgrund der zunehmenden Zahl älterer Menschen relativ an Bedeutung gewonnen haben. Demgegenüber hat das System bedarfsabhängiger staatlicher Transfers keinen wesentlichen Beitrag zum Anstieg der verfügbaren Einkommen geleistet, da bedarfsabhängige monetäre Transfers wie Wohngeld, Kindergeld oder Sozialhilfe seit Jahren nicht oder nur unwesentlich angehoben wurden und demnach real an Bedeutung verloren haben.[17]

Die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen hat ebenso wie bei den Markteinkommen bis zur Mitte dieses Jahrzehnts zugenommen, jedoch auf wesentlich niedrigerem Niveau (Abbildung 8). Das Gros dieses Anstiegs entfällt auf den Zeitraum von der Jahrtausendwende bis 2006. Mit dem letzten wirtschaftlichen Aufschwung zeigt sich erstmals wieder eine leichte Korrektur dieses annähernd zehn Jahre bestehenden Trends.

Bestand und Entwicklungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/2008, 469–476.

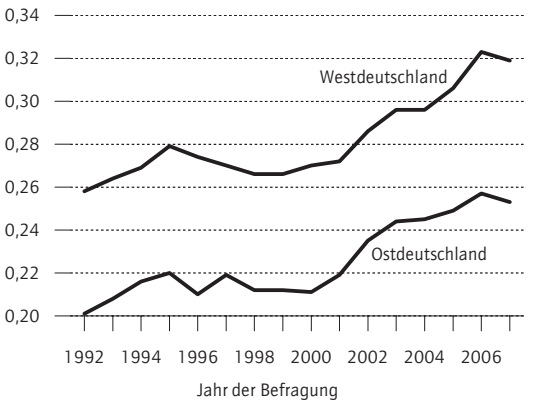
16 Gemessen am Median – der Mitte der Einkommensverteilung – haben die verfügbaren Einkommen seit 2003 in Deutschland insgesamt sogar um knapp vier Prozent abgenommen.

17 Die verschiedenen Steuerreformen der vergangenen Jahre mit Veränderungen des Steuertarifs – insbesondere im Hinblick auf den Spitzensteuersatz – haben vor allem am oberen Rand der Einkommensverteilung zu nennenswerten Steigerungen der verfügbaren Einkommen geführt. Eine Zunahme der Markteinkommen in den unteren bis mittleren Einkommenssegmenten führt aufgrund der sogenannten „kalten Progression" aber eher zu stagnierenden Nettoeinkommen. Bei öffentlichen Transferleistungen mit Bedürftigkeitsprüfung reduziert sich zudem aufgrund der über Jahre nicht angepassten Einkommensgrenzen der Kreis der Anspruchsberechtigten, zum Beispiel beim Wohngeld.

Abbildung 8

Ungleichheit der verfügbaren Einkommen[1] in Ost- und Westdeutschland

Gini-Koeffizient[2]



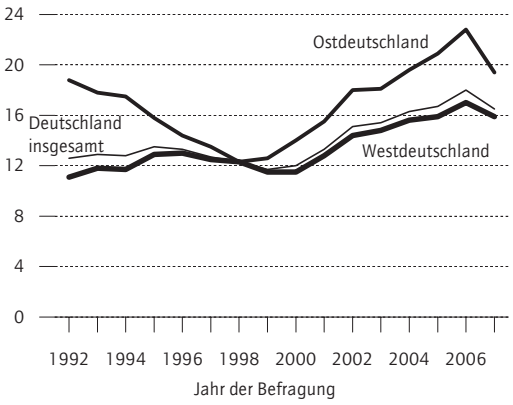
1 Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.
2 Maß für die Ungleichheit. 0 bei völliger Gleichverteilung, 1 bei völliger Konzentration.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Abbildung 9

Armutsrisiko[1] in Ost- und Westdeutschland

Anteile in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Armutsrisiko erstmals seit der Jahrtausendwende gesunken

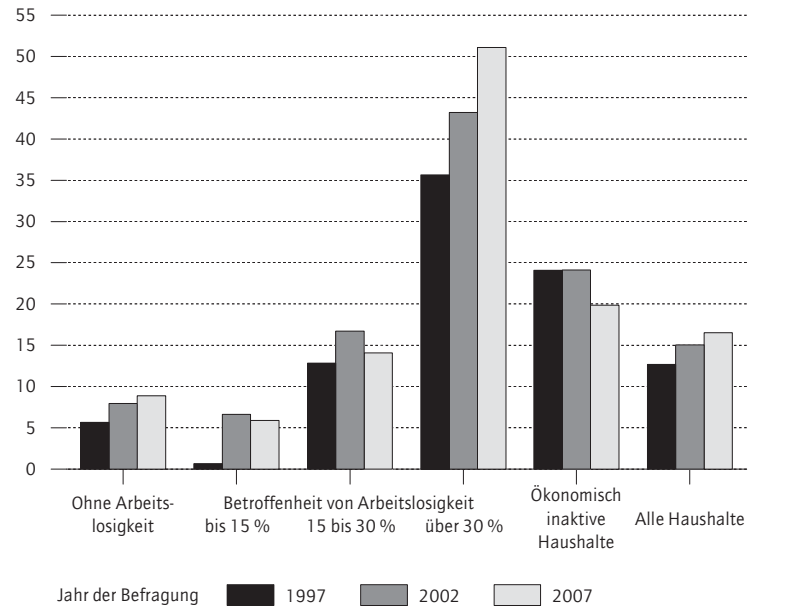
Veränderungen in der Einkommensverteilung zeigen sich in der Regel auch beim Risiko „relativer Einkommensarmut“ (Kasten 2).[18] Nach den hochgerechneten Ergebnissen des SOEP lag das Armutsrisiko zu Beginn der 90er Jahre bei rund 13 Prozent. Zwischen 1995 und 1999 ging es leicht zurück und nahm dann kontinuierlich zu – auf 18 Prozent im Jahr 2006 (Abbildung 9). In absoluten Zahlen entspricht dies einem Zuwachs um fünf Millionen Menschen auf knapp 15 Millionen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle leben. Diese beträgt derzeit rund 890 Euro pro Monat für eine allein lebende Person. Infolge der deutlich höheren Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern lag die Armutsrisikoquote dort 2006 sogar bei knapp 23 Prozent. Mit der aktuellen konjunkturellen Erholung und der rückläufigen Arbeitslosigkeit war das Armutsrisiko zuletzt erstmals seit fast zehn Jahren deutlich rückläufig. Es lag im Einkommensjahr 2006 für Deutschland insgesamt bei 16,5 Prozent.[19]

Arbeitslosigkeit ist zwar eine zentrale Ursache für Einkommensarmut, nur vorübergehende Arbeitslosigkeit eines Haushaltsmitglieds muss aber nicht zwingend zur Armut des gesamten Haushalts führen. Hier zeigt sich auch die Bedeutung der der staatlichen Umverteilung vorgelagerten Versicherungsfunktion des privaten Haushalts, die bei der Bedürftigkeitsprüfung für den Bezug von Transferleistungen (zum Beispiel

Abbildung 10

Relatives Armutsrisiko[1] und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit[2]

Anteile in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.
2 Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit im Haushalt bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

18 Entsprechend internationaler Standards beginnt das Risiko relativer Armut an der Armutsschwelle in Höhe von 60 Prozent des mittleren äquivalenzgewichteten Einkommens.
19 Innerhalb der Gruppe der Haushalte mit Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 60 Jahren liegt das Armutsrisiko um gut 1,5 Prozentpunkte höher.

Kasten 2

Relative Einkommensarmut und Mindestsicherung

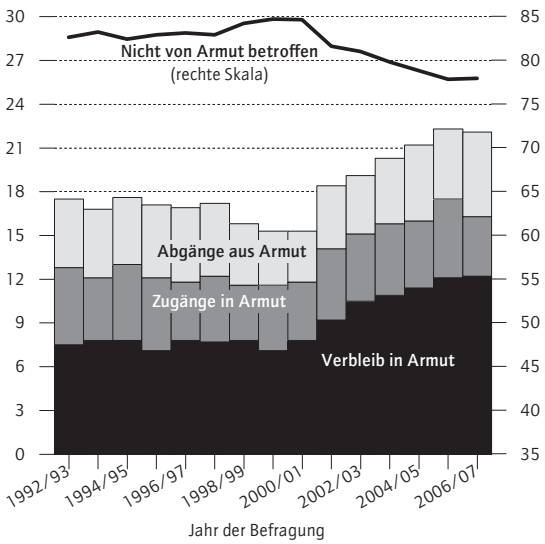
Armutsrisiko ist nicht mit Abhängigkeit von Mindestsicherungssystemen wie der Sozialhilfe zu verwechseln. Aufgrund der Einführung von Grundsicherung im Alter, Sozialgeld und Arbeitslosengeld II wird die Interpretation der zeitlichen Entwicklung dieser Systeme erschwert. Die Daten des SOEP ermöglichen hingegen konsistente Zeitreihenvergleiche des Ausmaßes der relativen Einkommensarmut beziehungsweise der Armutsrisikoquote. Wie im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu Recht angemerkt wird[1] hängt das gemessene Niveau dieser Quote von vielen Details ab, zum Beispiel von der Erfassung der Personen mit Migrationshintergrund, der Einkommensmessung und insbesondere der Bewertung selbstgenutzten Wohneigentums, sowie vom statistischen Stichprobenfehler, der zwangsläufig ist, da alle Statistiken zur Verteilung der Haushaltseinkommen auf Stichproben beruhen.

1 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2008, XI.

Abbildung 11

Armutsmobilität[1]

Anteile in Prozent



1 Veränderung des Bestandes an Personen mit Armutsrisiko gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

Sozialhilfe, Wohngeld) oder Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld II) berücksichtigt wird.

Die Armutsrisikoquote von Haushalten, in denen weniger als 15 Prozent der potentiellen Erwerbszeit in Arbeitslosigkeit verbracht wird, weisen in einem langjährigen Vergleich ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf, welches sogar noch unterhalb desjenigen der nicht von Arbeitslosigkeit betroffenen Erwerbshaushalte liegt (Abbildung 10).[20] Bei stark von Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Haushalten erreichte die Armutsrisikoquote 1997 hingegen mehr als 35 Prozent und 2007 mehr als 50 Prozent. Dieser deutliche Anstieg ist sicherlich auch auf die Einführung des Arbeitslosengeldes II zurückzuführen, das zu einer Absenkung des Transferniveaus für Arbeitslosenhilfeempfänger geführt hat.[21]

Weniger „neue Armut"

Aus sozialpolitischer Sicht ist aber nicht allein das Ausmaß der Einkommensarmut relevant, sondern auch, wieweit es den Betroffenen gelingt, den Bereich der Einkommensarmut wieder zu verlassen, beziehungsweise wie viele Personen neu in Armut geraten.

Nach den Längsschnittdaten des SOEP lebte über die 90er Jahre hinweg ein stabiler Anteil von weniger als acht Prozent in zwei aufeinander folgenden Jahren, also insofern dauerhaft, in Armut (Abbildung 11). Nach der Jahrtausendwende nimmt dieser Anteil markant auf über zwölf Prozent zu, das heißt das Risiko, in Einkommensarmut zu verbleiben, ist größer geworden. Für die Erhebungsjahre 2006 und 2007 zeigt sich, dass erstmals seit über zehn Jahren wieder deutlich mehr Menschen den armutsgefährdeten Bereich verlassen konnten als „neue Arme" hinzu kamen.

Fazit

Der vorliegende Bericht stellt eine Fortführung einiger der jüngst im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausgewiesenen Analysen zur Armut und Ungleichheit in Deutschland dar. Auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann die Entwicklung bis zum Erhebungsjahr 2007 beziehungsweise dem Einkommensjahr 2006 dargestellt werden.

20 Insbesondere kurzfristige Arbeitslosigkeit beruht oft auf Freiwilligkeit, wie im Falle eines geplanten Wechsels auf einen höher dotierten Arbeitsplatz.

21 Vgl. hierzu auch Goebel, J., Richter, M.: Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: Deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 50/2007.

Die mit der konjunkturellen Erholung seit 2006 einhergehende rückläufige Arbeitslosigkeit in Deutschland hat das Armutsrisiko gegenüber dem Vorjahr erstmals seit der Jahrtausendwende wieder sinken lassen, das heißt, mehr als eine Million Menschen sind nach den hochgerechneten SOEP-Daten nicht länger vom Armutsrisiko betroffen. Dieser Rückgang ist in den neuen Ländern besonders ausgeprägt, da hier die Arbeitslosigkeit deutlich abgebaut wurde.

Sowohl die durchschnittlichen Brutto-Markteinkommen der privaten Haushalte als auch die verfügbaren Haushaltseinkommen haben bis Ende 2006 nur wenig auf das verbesserte wirtschaftliche Umfeld reagiert. Die vorliegenden Daten berücksichtigen allerdings erst den Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs; Tarifsteigerungen, die 2007 und im bisherigen Verlauf des Jahres 2008 vereinbart wurden, sind hier noch nicht abgebildet. Stellt man aber die deutlich gestiegene Inflation in Rechnung, so kann keine grundlegende Veränderung bei den realen Markt- und den verfügbaren Einkommen der Privathaushalte erwartet werden.

Die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung dürfte die Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen wieder dämpfen. Möglicherweise ist der Trend zunehmender Einkommensungleichheit und steigenden Armutsrisikos nur kurz unterbrochen worden.

In den Jahren 2007 und 2008 dürfte sich die Situation im Zuge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit weiter verbessert haben. Auf längere Sicht ist eine Vielzahl weiterer Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Dabei spielen demographische Prozesse wie die steigende Lebenserwartung und die sinkende Fertilität, (selektives) Zu- und Abwanderungsverhalten, Partnerschaftsfindungsverhalten (zum Beispiel der Trend zu bildungshomogeneren Partnerschaften), Trennungsbeziehungsweise Scheidungsverhalten (mehr Singles und mehr Alleinerziehende) eine wichtige Rolle.[22] Diese Entwicklungen haben einen eigenständigen Einfluss auf die Größe und die Struktur der Bevölkerung insgesamt und auch auf die Zusammensetzung der privaten Haushalte und deren Einkommenssituation und damit das Armutsrisiko.

Aktuell werden familien- und arbeitsmarktpolitisch motivierte Veränderungen der „Transferlandschaft“ wie eine pauschale Kindergelderhöhung oder Forderungen nach einem generellen Mindestlohn[23] diskutiert und häufig mit verteilungspolitischen Zielen zur Armutsreduktion verknüpft. Dabei werden jedoch Mitnahmeeffekte ignoriert wie die Tatsache, dass ein höheres Kindergeld auch einkommensstarken Familien zugute kommen würde. Prekäre Einkommensverhältnisse – insbesondere als Folge langfristiger Arbeitslosigkeit – bleiben die Hauptursache für Einkommensarmut. Das Risiko von Arbeitslosigkeit ist für Personen ohne schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss weit überdurchschnittlich. Eine Armutsvermeidungspolitik, die versucht den Anteil der Schulabbrecher und der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss zu reduzieren, dürfte langfristig weitaus mehr Erfolge zeitigen.

JEL Classification:
D31, I32

Keywords:
Income inequality, Poverty

22 Beispielhaft sei hier der säkulare Trend zu mehr Einpersonenhaushalten aufgeführt: Während der Anteil dieser Haushalte an allen privaten Haushalten in den alten Ländern im Jahr 1984 noch bei 33 Prozent lag, ist er bis 2007 um sechs Prozentpunkte gestiegen.
23 Vgl. Müller, K.-U., Steiner, V.: Mindestlöhne kosten Arbeitsplätze: Jobverluste vor allem bei Geringverdienern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 30/2008.

Wochenbericht Nr. 38/2008 vom 17. September 2008

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion
Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.